

Die Zeitung und Beilage sind weitere
Zeitung und Beilage. Einmal täglich
mit dem Preis: 10-12 Pfennig. 1.10-12
Wochenzeitungen und Monatszeitschriften u. Zeitschriften
ausgestellt: 10-12 Pfennig.
Kauf bis 100:
Innerhalb Deutschland und der deutschen
Reichsverwaltung: 8,50 Pf. monatl.
1,50 Pf. jährlich. Postbeamte, Beamte
in Regierung, Ämtern, den Eisenbahnen,
Städten, Wirtschaftsbehörden, Gewerbe,
Handel, Schule u. Künste. Im übrigen
Europa: 10 Pf. monatlich durch die
Gesandtschaften des Staates erhältlich.
Das Ausland: Zustellung erhältlich: Frank
reich, Italien, Spanien u. Portugal.
Spanien: 10 Pf. monatlich. England: 10 Pf.
Deutschland: 10 Pf. monatlich. Österreich
und Schweiz: 10 Pf. monatlich.
Bürgerschaftszeitung der Republik
ausgelegt 10 Pf. der Abonnement 5 Pf.
Abonnement und Abonnement
Jahresabonnement
Gesamtpreis: 14,00 Pf. 14,00 Pf. 14,00 Pf.

Leipziger Tageblatt

und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 120.

Montag, den 2. Mai 1910.

104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Die sozialdemokratischen Maifeier sind in Deutschland im allgemeinen ruhig verlaufen. So weit Nachrichten vorliegen, ist es nur in Magdeburg zu einem erheblicher Zusammenstoß mit der Polizei gekommen. In Paris wurde infolge der umstossen von der Regierung getroffenen Maifeiern die Auseinandersetzung im Bois de Boulogne aufgegeben. (S. d. bei. Art.)

* Die Allgemeine Städtebau-Ausstellung wurde am gestrigen Sonntag in der Rgl. Akademie für bildende Künste in Berlin eröffnet. (S. Rechte Dep.)

* Der türkische Finanzminister und der Minister des Innern haben ihre Demission eingereicht. (S. Rechte Dep.)

* Der am gestrigen Sonntag aufgestiegene Ballon "Leipzig" ist bei Dobra bei Radeburg (Amtsh. Großenhain) gelandet. (S. Sport.)

Sächsische Parlamentswoche.

In einer bekannten Münchner Wochenzeitung befand sich vor längerer Zeit einmal ein Bild mit der Unterschrift: "Ne ja, ne Verhöhnung muß jeder Mensch schließlich haben, sie darf nur nicht in Arbeit ausarten." Wir hätten gernholt, der Semimensch, der diese tiefsinnige Bemerkung reproduziert hat, wäre in der abgelaufenen Woche einmal im sächsischen Landtag gewesen und hätte lernen gelernt, was dort in den letzten Tagen für eine Summe von Arbeitskraft im Blumen, in Deputationsstühlen und von den als Referenten bestellten Abgeordneten aufgewendet worden und was damit geschaffen worden ist. Wie sind überzeugt, er würde dann gesagt haben: Das geht nach über die Arbeit hinaus! Denn tatsächlich ist in vergangener Woche vom Sächsischen Landtag ein Arbeitsquantum bewilligt worden, das an die Kräfte aller Betätigten die denbar höchsten Anforderungen gestellt hat, und gegen diesen Steigerung man allerdings entstandene Verwahrung einzulegen muß. Wohl ist der Wunsch der Landboten begreiflich, das Pfingstfest in der verdienten Ruhe nach gelancerter Arbeit zu Hause feiern zu können, aber ein zwingender Grund dafür, daß unbedingt zu Pfingsten Schluss gemacht werden muß, liegt doch nicht vor. Man darf doch nicht vergessen, daß der Landtag diesmal rechtlich drei Wochen später zusammengetreten ist als 1907, und daß Pfingsten in diesem Jahre drei Wochen früher fällt als 1908. Das sind zusammen sechs Wochen, die diesen mit Geheimen entwirren und Initiativansprüchen reich bedachten Landtag gegenüber seinem Vorgänger fehlen, und wenn gleichwohl der Stand der Arbeiten bereits so weit gefordert ist, wie es tatsächlich der Fall ist, so liefert das den besten Beweis dafür, daß der Landtag sich nicht etwa auf die soule Haut gelegt oder die Zeit mit Reden zum Fenster hinaus verzögert hat, wie von konservativer Seite aus in diesen Tagen dreist und gottesfürchtig behauptet worden ist. Gerade auf konservativer Seite sollte man mit solchen Anschuldigungen sehr vorsichtig sein, denn zur unnötigen Verlängerung der Debatten haben speziell Abgeordnete der Rechten ein gut Teil beigetragen.

Nun macht man zwar in allen Parlamenten die Erfahrung, daß sich gegen Schluß der Beratungen der Stoff häuft und infolgedessen das Tempo verschärft werden und eine Durchsetzung des Arbeitsrechts ist aber bei uns doppelt bedenklich, weil eben nur alle zwei Jahre Gelegenheit zur Aussprache zwischen Regierung und Volksvertretern gegeben ist. Außerdem dies kann durch lange Tagessitzungen, auf denen noch dazu die wichtigsten Gegenstände erst am Schluss erscheinen, nur zu leicht der Schein erweckt werden, als möse die Rebedesthet der Abgeordneten zu beschneiden suchen. Wir unterschätzen sind überzeugt, daß das feineswegs die Absicht des Direktoriats ist. Erfordert die Geschäftslage gleichwohl eine gewisse Enthaltung der Rechten, so wäre der richtige Weg der, der Semimensch möchte auf die Fraktionen in dem Sinne einwirken, daß sie bei den einzelnen Kapiteln nur die hierfür speziell hochverdächtigen Leute vorstellen und diese die dabei zu äußernden Rücksichten verhindern ließen. Das würde eine Konzentration und eine Vertiefung der Debatten bedeuten, die gewiß allseitige Zustimmung finden würde. Wenn, wie nebenbei bemerkt sei, in parlamentarischen Kreisen das Gericht geht, der Schluß des Landtags solle befreilicht werden, weil der König eine Reise unternehmen wolle, so halten wir das für eine Fabel. Denn nach § 117 der sächsischen Verfassung ist der König keineswegs verpflichtet, den Landtag in eigener Person zu besichtigen, sondern er kann dazu einen Kommissar beauftragt. Es würde

sich also lediglich um Fertigstellung des Gesetzes handeln, und die läßt sich bis zu Pfingsten ermöglichen.

Und nun die gewohnte Ueberzahl über die parlamentarischen Ereignisse der Woche, und zwar ausnahmsweise beginnend mit der Ersten Kammer, die in letzter Woche zwei bis länger als sonst hinziehende Sitzungen abhielt. In der ersten gab es beim Kapitel Ministerium des Innern eine Oberbürgermeister-Debatte über die Gemeindeanleihen und ihre Genehmigung durch das Ministerium, in der zweiten Sitzung handelte es sich hauptsächlich um die Neuordnung der Schuldetentionen. Soweit Leipziger Verhältnisse dabei in Betracht kommen, sind unsere Leser durch den Auftritt der bei dieser Gelegenheit von Oberbürgermeister Dr. Dittrich gehaltenen Reden ausreichend orientiert. Dass die Erste Kammer den Antrag Dr. Roth auf Bewordnung des gesamten Beamtenrechts in modernem Sinne ablehnen würde, stand schon in dem Augenblick fest, als Herr v. Weiß zum Referenten über den Antrag bestimmt worden war, ebenso auch, daß aus dem Antrag Oppitz-Hettner betr. Vorberichtigung der Reform der inneren Verwaltung die Worte „im Pariser“ gestrichen würden. Bei Beibehaltung dieser Worte hätte ja in die niedrigzügige Kommission auch mindestens ein Sozialdemokrat berufen werden müssen.

Die Zweite Kammer überwies am Montag in einer mehr als vierstündigen Abendstunde den Ergründungsantrag an die Finanzdeputation A, nicht ohne daß der Abg. Metzler-Wylan (Part.) dem Finanzminister entgegenhielt, er brauche jetzt, nachdem er die sächsischen Finanzen in forsch und kraffet Weise saniert habe, nicht immer grau in grau zu malen. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich am Dienstag, wo über die neue 100-Millionen-Anleihe gesprochen wurde, die an Stelle der unbedeckten Anleihe vom 1902 treten soll. Auffällig war, daß der Finanzminister über den Zinsfuß, zu dem die neue Anleihe ausgegeben werden soll, auch in dieser Sitzung noch keine bestimmten Angaben mache, obwohl in dem Erläuterungen zum ordentlichen Etat (Seit XIII, S. 37) deutlich zu lesen steht, daß die Anleihe mit 4 Prozent verzinst werden soll. Den politisch wichtigsten Punkt der Sitzung bildete die Debatte über die sozialdemokratischen Anträge auf Fürsorge für Arbeitslosen, wobei Minister Graf Bünthum erklärte, er sei bereit, an dem Problem der Arbeitslosenversicherung mitzuwirken, könne aber eine Lösung schwerlich ebensoviel bringen, wie die Deputation sie gefunden habe. Inzert müßten, und darum kann man dem Minister nur recht geben, die Vorfragen der Arbeitsvermittlung und des Arbeitsnachweises gelöst werden. Erfreulich war es, zu hören, daß die Regierung den lebhaftesten Wunsch hat, paritätische Arbeitsnachweise erstmals zu sehen, die sich über das ganze Land erstrecken. Zu erwarten ist nun aber auch, daß die Regierung energisch sich bestrebt, diesen Wunsch in Erfüllung gehen zu lassen und den vielsuch noch bestehenden Widerstand gegen paritätische Arbeitsnachweise zu brechen wird.

Aus der Donnerstag-Sitzung ist als Hauptgegenstand die Debatte über die indirekten Abgaben zu erwähnen, deren Beseitigung von den Sozialdemokraten ebenso energisch gefordert wurde, wie Finanzminister Dr. v. Rüger ihre Beibehaltung verteidigte. Zugegangen ist dem Minister, daß ein Ausfall von 11 Millionen Mark im Etat jetzt nicht zu ertragen ist und daß man daher die indirekten Abgaben nicht mit einem Schlag beseitigen kann. Wir haben aber bereits früher an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß z. B. die Uebergangsabgabe von inländischen Fleischwaren durchaus entbehrlich ist, weil ihr ganzer Ertrag durch die Erhebungssatzen aufgehoben wird, und daß es deshalb das einfachste ist, auf diese lediglich eine Beläßigung des Publikums darstellende Abgabe zu verzichten und die frei werdenden Beamtenkräfte in anderer, wirklich nutzbringender Weise zu verarbeiten.

Am Freitag ging es zunächst im Automobiltempo, denn die Finanzdeputation A hielt sogar noch während der Plenarsitzung Deputationsstung ab. Der Gesetzentwurf, durch den die Gemeindeabgaben hinsichtlich der Verjährung der Staatseinkommensteuer gleichgestellt werden, wurde debattetlos angenommen, ebenso einige Stadtkapitel, und auch die Bewilligung der fünften Rate von 1,1 Millionen Mark zum Umbau der Leipziger Bahnhöfe erfolgte nach wenigen, ganz kurzen Bemerkungen der Leipziger Abgeordneten Dr. Löbner und Ritschke. Das diese Ende kam auch hier noch. Die Anträge Günther auf Herabsetzung professionell geschulter Arbeiter zur Gewerbe-Inspektion und auf Revision des Feld- und Forststrafgesetzes fanden erst nach mehrstündigter Debatte Annahme.

Die Tagesordnung für heute (Montag) berechtigt wieder zu den schönsten Hoffnungen auf eine Dauerlösung, und der einzige Trost ist der, daß diese wenigstens um 11 Uhr beginnt. Ach, wenn es doch immer so bliebe!

Deutsches Reich.

Leipzig, 2. Mai.

* Herr Landtagsabgeordneter Langhammer sendet uns eine Aufschrift, in der er uns mitteilt, daß er gegen Herrn Rechtsanwalt Dr. Joseph und gegen Zeugen, die dessen Schreiben veröffentlicht haben, auch gegen das Leipziger Tageblatt Klage auf Grund des §§ 186, 187 und 30 des Strafgesetzbuchs einleitet habe. — Herr Rechtsanwalt Dr. Joseph teilt uns mit, daß er gegen Herrn Langhammer wegen der in dem vorangegangenen Artikel des Herrn Langhammer enthaltenen Bekleidungen Widerklage erheben werde.

* Die Ortsgruppe Dresden des Handelsbundes hat lobend ihr 1000. Mitglied aufgenommen. Die Ortsgruppe dürfte somit nicht nur die stärkste Organisation in Dresden, sondern auch einer der größten Zweigvereine des Handelsbundes sein. Der Ausklang der Ortsgruppe Dresden wird demnächst zu einer Sitzung zusammentreten.

* Herr Kaiserhannover. Am 27. August, dem Tage der Kaiserparade des XVII. (westpreußischen) Armeekorps bei Danzig, wird ein Festfeier in der Marienburg stattfinden. Als Wohnort des Kaisers während der Manöver ist verbindlich Prößwitz und Schlobitten, beide dem Fürsten Dobry gewidmet, genannt worden. Da die beiden Orte aber ziemlich entfernt von dem Manöverplatz liegen, wird der Kaiser wahrscheinlich inmitten der Truppen in einem Appartement in seinem Altershaus feiern.

* Ein Ehren-Gedenktag der preußischen Garde. Am Tage von Großjägerschen, Montag, den 2. Mai, findet, wie alljährlich, die Belehrung der drei Bataillone des 1. Garde-Regiments z. F. des 1. Bataillon der Kronprinz führt, und des Leibinfanterie-Bataillons auf dem Truppenübungsplatz Löberitz statt. Alter Tradition folgt der Kaiser, mit wenigen Ausnahmen, die Belehrung immer selbst abgehalten, und dabei in den letzten Jahren die auf die eigentliche Belehrung folgende Geschäftsbildung meist noch andere Truppenteile, besonders der Potsdamer Garnison, herangezogen. Da jedoch die täglichen Reisepositionen etw. eine Rücksicht nach Berlin am 10. Mai nosieren, so hat der Monarch seinen Generaladjutanten, den General der Infanterie v. Kessel, Oberstabschef der in den Märkten, mit der Vertretung für diese militärische Veranstaltung beauftragt.

* 48 Maschinengewehrschützen. Nach den soeben erschienenen Löblichen Jahresberichten verfügt das deutsche Heer über 48 Maschinengewehrschützen, die bekanntlich Infanterieregimentern angegliedert, in der Rangliste z. B. aber nicht aufgeführt sind. Die Verteilung dieser Maschinengewehrschützen auf die einzelnen Armeekorps ist aber keine gleichmäßige. So erschien z. B. die Stralsburger Garnison vor einigen Tagen beim Vorbeimarsch vor dem Kaiser mit vier Maschinengewehrschützen.

* Militärlusttischshof Königsberg. In Königsberg ist Pt. ir nach dem "Neuen polit. Korr." ein Militärbau für Lusttischshöfe eingerichtet worden, das jetzt der Bau einer 150 Meter langen Ballonhalle in Angriff nimmt, die vor dem diesjährigen Kaiserhannover fertiggestellt sein wird, und nordwestlich der Stadt, in ihrer Nähe, ihren Platz erhält.

* Keine Sozialdemokraten in Schulvorständen. In der Gemeinde Möckendorf, Kreis Teltow, wurde seinerzeit der Steinjeger-Diebstahl in den Schulvorstand gewählt und vom Landratsamt zu Potsdam bestätigt. Nach einiger Zeit wurde jedoch die Beseitigung zurückgezogen, weil die Regierung zwischenzeitlich festgestellt hatte, daß D. Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei. Herr D. beschließt nun den Inkostenweg, der bis zum Oberverwaltungsgericht führt, und dieses bestätigte die vorangegangene Entscheidung des Bezirksschulrates, daß ein Sozialdemokrat ungeeignet sei, einem Schulvorstand anzugehören. Der Senat des Oberverwaltungsgerichts erklärte noch dem "B. L. A." in dem von ihm gefüllten Urteil, er habe weiter in dem Urteil des Kreisausschusses, noch in dem des Bezirksschulrates einen Rechtsurteil finden können. Nach einer Verfügung vom Jahre 1701 haben die Mitglieder des Schulvorstandes die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die ihnen zur Aufsicht anvertrauten Kinder zu königstreuen und stiftlichen religiösen Menschen erzogen werden. Der Bezirksschulrat habe für tatsächlich festgestellt erachtet, daß der Kläger nicht die Gewahr die, dieser Verpflichtung zu entsprechen, daß er das ihm übertrogene Vertrauen nicht rechtfertige. Ob und inwieweit dieses Miktioneum begründet sei, könne der Senat nicht entscheiden, da eine tatsächliche Feststellung sich der Rechtsprüfung des Rechtsrichters entziehe. In rechtlicher Beziehung sei gegen das Urteil nichts einzuwenden. Der Senat habe daher dahin erkannt, daß die Klage abzuweisen, der Wert des Streitgegenstandes auf 500 Pf. zu bemessen und dem Kläger die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen seien.

* Reserveoffiziere und Schuttruppe. Während bis jetzt diejenigen Reserveoffizierspiranten, die bei einer der deutschen Schuttruppen in Ostpreußen ihrer einsjährigen Dienstzeit genutzt bzw. dort ihre Übungen im Reserveverhältnis abgeleistet haben, nur bei einem heimatlichen Truppenteil zum Reserveoffizier gewählt werden konnten, besteht nach der "Neuen polit. Korr." die Absicht, in nicht zu ferner Zeit ein Reserveoffizierkorps der deutschen Schuttruppen zu schaffen.

* Das Schuttruppendenkmal in Windhuk. Das Kommando der Schuttruppen im Reichscolonialamt teilt mit, daß bei ihm in letzter Zeit in dankenswerter Weise eine große Zahl von Beiträgen zur Errichtung eines Denkmals in Windhuk eingegangen ist, die von Angehörigen des Heeres gesammelt worden sind. Der Einfachheit und Niedlichkeit halber wird darüber erst später öffentlich unter Raumhaftmachung der einzelnen Stifter und der eingehend-

ten Beträgen im "Deutschen Kolonialblatt" und in der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" quittiert werden.

* Das Heimathaus in Reckmannshoop. Der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft, der die Begründung und Unterhaltung eines Heimathauses in Südwürttemberg, in dem Frauen und Mädchen aller Stände Unterflurst finden können, als seine Hauptaufgabe ansieht, ist durch Zuwendungen und Spenden in die erfreuliche Lage versetzt worden, ein für den genannten Zweck sehr geeignetes Grundstück mit Wohnhaus und gutem Brunnen in Reckmannshoop vorliebst zu erwerben; das Heimathaus wird in kürzer Zeit eröffnet werden können und es wird damit eine seit langer Zeit von allen Deutschen des Schutzbereiches gehegte Wunsch in Erfüllung gehen. Bei dieser Gelegenheit sei gleichzeitig ausdrücklich bemerkt, daß der Frauenbund der Deutschen Kolonialgesellschaft und das von ihm gegründete Heimathaus in Reckmannshoop in seinem Zusammenhang mit dem Unternehmen der Frau von Falterhausen in Bratslav steht.

* Deutsches Jachtspiel für Rauschau. Wie die "Inl." erjährt, ist ein Transport mit deutschem Vermögen und Ausdruck, das seitens des Reichsmarineamts für das Schutzbereich Rauschau zu Verkauf angekündigt wurde, mit dem Dampfer "Patricia" unter Beteiligung des Oberstleutnärs Morawski in Tönning glücklich angelangt. Es handelt sich vorzugsweise darum, Versuche anzustellen, ob die Deutschen Jachttüllen und die Kühe sich für Kreuzungswege eignen. — Bezuglich der Verbindung der wichtigen Verbindungen zwischen dem Schutzbereich und Dänemark ist nach den letzten Berichten aus dem Schutzbereich mitgeteilt, daß durch die direkte Verbindung zwischen den beiden Orten durch Dampfer es möglich geworden ist, daß in dienem Winter die fürste Beförderungsfrist 14 Tage beträgt.

Die Maifeier.

Die Maifeier in Leipzig.

Die sozialdemokratische Maifeier steht diesmal unter dem Zeichen der Bauarbeiterausprägung. Die Beteiligung war deshalb in Leipzig eine weit stärkere als in früheren Jahren, wogegen allerdings nicht wenig dazu beitrug, daß der 1. Mai diesmal auf einen Sonntag fiel. Die Veranstaltungen trugen im allgemeinen auch einen ernsteren Charakter als früher. Das Wetter war der Feier recht günstig. Neben der Tafelzate, daß es Sonntag war, mag es besonders diesem letzten Umstund zu zusätzlichen geweisen sein, daß das weibliche Element zahlreich vertreten war. Bereits am Vormittag herzhafte Besucher in den Vororten ein langer Verkehr. Waren es doch nicht weniger als 13 große Versammlungsorte, in denen sich die Maifeierantagonisten zwecks Kontrolle ihrer Teilnahme auf bestimmten Maifomitee erlassen Umstunden trafen. An den in den fraglichen Lokalen veranstalteten kurzen Versammlungen, in denen die Bedeutung der Feier hingestellt und die nötigen Verhaltungsmaßregeln definiert gegeben wurden, mochten im ganzen etwa 15.000 Personen beteiligt gewesen sein. Sie deponierten sich nach 12 Uhr mittags nach dem gemeinsamen Sammelpunkt, dem König-Albert-Park, von wo aus sich der genehmigte Maizug um 1 Uhr in Bewegung setzte. Unter Beteiligung der inneren Stadt ging er die südliche Promenade entlang, durch die König- und Hopitalstraße nach dem üblichen Zeitpunkt, dem Brauereistadtfest, in dem nunmehr zu Leipzig gehörigen Stötterich. Der Zug, der sich in völliger Ordnung und ohne daß Störungen zu bemerken gewesen waren, diesmal ohne Musik vorbereitet, mochte, als er auf dem Zeitpunkt antrat, etwa 20.000 Teilnehmer zählen.

Schwerlich dürfte Stötterich an einem Tage so viel Menschen beherbergen haben. Außer den Teilnehmern am Zug deponierte die elektrische Straßenbahn viele Tausende nach Stötterich. Es war ihr aber trotz Einlegung einer großen Anzahl von Extrawagen nicht möglich, die zahlreichen Teilnehmer alle aufzunehmen. Zwischen 3 und 4 Uhr war der Hauptandrang zu verzeichnen; um diese Zeit glich die Strothe vor dem Versammlungsort — man muß schon zu diesem drastischen Bilde greifen — einem Ameisenhaufen. Hatte man sich durch die Menschenmasse glücklich nach dem Platz selbts durchgearbeitet, so erhielt man den Menschenmenen nach, die hier versammelt waren, fast den Eindruck, sich an einem der belebtesten Menschenläufe draußen vor dem Frankfurter Tor auf dem Platz zu befinden. Die weiße Rosenfläche, auf der rings im Kreise die fünf Nebnerbühnen aufgestellt waren, wies gegen 4 Uhr nur vereinzelt Lüder auf, die zu allerlei Spielen benutzt wurden. Auf mindestens 25-30.000 Personen ist die Besucherzahl des Brauereigartens zu rechnen. Außer den Spielen und sonstigen Belustungen wurde Instrumental- und Gesangskonzert gegeben.

Um 5 Uhr begannen die Reden von den Triibünen (vier im Freien, eine im Saale) zu sprechen. Redner waren diesmal Lampé, Koch und Büttich. Leipzig, Dittmann, Solingen und Düsseldorf. Sie traten in der üblichen Weise für Errichtung des Arbeitentagess und besonders für Erhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in den Einzelstaaten ein und demonstrierten gegen die Ausperrung der Arbeitnehmer. Nach Schluss der Reden erfolgte die Annahme folgender:

Resolution:

Die herrschenden Klassen versuchen gegenwärtig mehr wie je, die Forderungen der Arbeiterschaft nach politischen Rechten, nach einem vermeidbaren und verbesserten Schutz der Arbeiter, der Frauen und der Kinder durch reaktionäre Gesetze zu vereiteln. Von Jahr zu Jahr schwächt in allen Ländern das Heer der für den Kulturausbau der unteren Volkschichten tätigen Streiter an. Die alten Herrschafts- und Ausbeutungsgesellschaften fühlen sich in ihrer Existenz bedroht und können sich nur noch durch die